



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

24. Juni 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

das WM-Fieber ist ausgebrochen. Hier im Bundestag laufen die Tippspiele, die Kantine ist mit Brasilienwimpeln geschmückt und an einer Wand im Flur habe ich sogar schon einen Lukas Podolski Aufkleber entdeckt. Für das Vorrunden-Endspiel gegen die USA am Donnerstag drücke ich der deutschen Elf die Daumen und hoffe - sicher mit allen Leserinnen und Lesern - auf einen Einzug ins Achtelfinale!

+++ Ausstellung und Vortrag +++

NS-Justiz in Darmstadt

„Verstrickung in das NS-System - Forschungsergebnisse in Hessen“ - diese Ausstellung ist noch bis zum 11. Juli im Darmstädter Amtsgericht zu sehen. Die Ausstellung thematisiert vor allem die NS-Strafjustiz und schildert Einzelschicksale von Justizopfern - auf drei Tafeln wird speziell die Justiz in Darmstadt aufgearbeitet. Im Lichthof hält Rechtsanwalt Dr. Volker Hoffmann am **Donnerstag, den 3. Juli um 18 Uhr** den **Vortrag: „Nationalsozialistische Gewaltverbrechen – Verfahren am Landgericht Darmstadt“**.

Wo? Lichthof des Amtsgerichts Darmstadt, Mathildenplatz 12 - Mehr Informationen unter 06151/ 992 4174 oder im Internet: <http://www.ag-darmstadt.justiz.hessen.de/>

Abseits vom Fußball - diese Woche ist eine sog. Haushaltswoche, in der nun abschließend über den Bundeshaushalt für 2014 beraten wird. Ein besonderer Erfolg ist, dass es der Großen Koalition trotz schwieriger Umstände gelungen ist, die Neuverschuldung in diesem Jahr auf die geplanten 6,5 Milliarden Euro zu begrenzen. Damit sind wir einem Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung einen entscheidenden Schritt näher gekommen - ganz im Sinne eines der zentralen Elemente des Koalitionsvertrags: „Solide Staatsfinanzen für eine starke Zukunft“.

Anfang des Monats wurde in der abschließenden Sitzung des Haushaltsausschusses noch heftig über die Umverteilung und zusätzliche Ausschüttung von Geldern diskutiert - mit einem tollen Ergebnis: Viele wichtige Projekte können mit guter staatlicher Unterstützung rechnen. So werden beispielsweise die **Ausgaben für Kultur** um rund 90 Millionen Euro erhöht. Auch die **Programmmittel für die Städtebauförderung werden von 455 Millionen Euro auf insgesamt 700 Millionen Euro angehoben**. Die SPD-Fraktion hatte sich hier insbes. für den Ausbau des Erfolgsmodell **„Soziale Stadt“** stark gemacht, durch das benachteiligte Stadtquartiere unterstützt werden. Auch ein mir persönlich wichtiges Anliegen wurde erfolgreich erkämpft: Die Schulwettbewerbe **„Jugend trainiert für Paralympics“** und **„Jugend trainiert für Olympia“** werden weiter finanziert. Uns bleiben damit die größten Schulwettbewerbe weltweit sowie eine erprobte Talentschmiede für Olympia und die Paralympics erhalten.

Viel Spaß beim Lesen und eine schöne Woche wünscht

Brigitte Zypries



+++ Politik im Netz +++

Kinder und Jugendliche ganz nah am politischen Geschehen!

Das Jugendportal mitmischen.de beleuchtet den Alltag der Abgeordneten, informiert über aktuelle Bundestagsdebatten und erklärt komplizierte parlamentarische Prozesse auf verständliche Art und Weise. Junge Internetnutzer können hier über politische und gesellschaftliche Themen diskutieren, sowie mit Abgeordneten chatten oder sogar eigene Artikel verfassen. Für die ganz Kleinen gibt es das Portal kuppelkucker.de des Deutschen Bundestages. Kinder zwischen 5-11 Jahren erhalten spielerisch Einblick in die parlamentarische Arbeit, das demokratische System und das Reichstagsgebäude

Reinklicken lohnt sich!

Litauen auf dem Weg in die Währungsunion

Heute, am Dienstag, hat der Bundestag seine Zustimmung zur Aufnahme Litauens in die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion erklärt. Das deutsche Recht fordert für die Frage der Einführung des Euro in einem Mitgliedstaat ein Einvernehmen von Bundestag und Bundesregierung - **die Zustimmung des Bundestages ermächtigt nun die Bundesregierung, im Europäischen Rat dem Beitritt Litauens zum Euro zuzustimmen, sodass dieser dort ab dem 1. Januar 2015 offizielles Zahlungsmittel werden kann.**

Litauen ist seit 10 Jahren Mitglied der EU. 2007 scheiterte der Beitritt zur Währungsunion nur knapp an einem der sog. Konvergenzkriterien. Diese Kriterien - dazu gehören etwa Preisstabilität, tragfähige öffentliche Finanzlage sowie bestimmte rechtliche Standards - sind Gradmesser für die wirtschaftliche Stabilität eines Landes und werden vor dem Beitritt zur Eurozone sowohl von der Europäischen Kommission als auch von der Europäischen Zentralbank geprüft.

Litauen hat seine wirtschaftlichen Defizite mittlerweile beglichen und legt 2014 einen vorbildlichen Haushalt vor: Die Inflationsrate lag im Zwölfmonatszeitraum bei 0,6 %, das Haushaltsdefizit bei 2,2 % des BIP und die Staatsschuldenquote bei 39,4 % des BIP im Jahr 2013. Auch die innerstaatlichen Rechtsvorschriften und die Satzung der Zentralbank sind mit den EU-Verträgen vereinbar. **Litauen hat trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Jahre eine bemerkenswert positive Entwicklung genommen.** Das BIP pro Einwohner hat sich seit 2004 auf 45,5 % des EU-Durchschnitts nahezu verdoppelt, wichtige Reformen wurden beherzt angegangen.

Die Aufnahme Litauens in den Euroraum zeigt auch, dass die Europäische Währungsunion trotz der immer noch nachwirkenden Wirtschafts- und Finanzkrise nicht an Anziehungskraft verloren hat. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der eurokritischen Stimmen vor und nach der Europawahl ein wichtiges und tolles Signal für Europa.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

Bilder:

Jan Kockrow (S. 2)

Hannes Nonhebel (S. 3)

Deutsche Soldaten im Ausland - Bundestag debattiert über die Einsätze in Mali und im Libanon

Es sind Bilder des Schreckens, die uns gerade überall in den Medien begegnen - sei es im Irak, in Nigeria oder leider nach wie vor in der Ukraine. Auch in Mali tobt bereits seit 2012 ein blutiger Bürgerkrieg. Im Libanon ist bereits seit 1978 die UN-Mission UNIFIL im Einsatz um die Konfliktregion zu stabilisieren - seit dem Libanonkrieg 2006 auch unter Mitwirkung deutscher Soldaten. Die Mission kontrolliert die Grenzen, u.a. zur Verhinderung illegaler Waffenimporte in den Libanon.

Am Mittwoch wird nun der Deutsche Bundestag über die Fortführung der Beteiligung an den Auslandseinsätzen in Mali und im Libanon abstimmen - die Bundesregierung hat entsprechende Anträge eingebracht. **Die Debatte um die Frage, inwieweit und ob überhaupt Deutschland sich an Auslandseinsätzen beteiligen sollte, ist erst kürzlich durch Bundespräsident Joachim Gauck wieder befeuert worden.** Der Bundespräsident hatte sich dafür ausgesprochen, im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen durch despotische Machthaber oder „Verbrecher“ eine militärische Lösung nicht von vorneherein auszuschließen.

Sicher - nicht zuletzt auf Grund unserer deutschen Geschichte haben wir eine gesunde Skepsis gegen jede Form der Beteiligung an bewaffneten Konflikten entwickelt und unsere Historie gebietet es auch, diese Skepsis zu bewahren und, wenn es sein muss, nach außen zu behaupten. Allerdings kommt Deutschland als viertgrößter Wirtschaftsmacht der Welt auch eine Verantwortung zu. Friedenspolitik mit Waffen? Das klingt zunächst wie ein Widerspruch - und eines ist klar: Ein militärischer Eingriff sollte immer ultima ratio sein. Außenminister Steinmeier stellt derzeit im Ukraine-Konflikt unter Beweis, welche Alternativen zum bewaffneten Eingreifen die Diplomatie bereithält.

Wegsehen ist meiner Meinung nach keine Option. Die Völkerrechtsverbrechen der 90er Jahre - der Völkermord in Ruanda und die Verbrechen im Jugoslawienkrieg - waren der internationalen Gemeinschaft eine große und traurige Lehre. **„Responsibility to Protect“ („Schutzverantwortung“) nennt die UN das politische Konzept, das als Antwort auf Ruanda und Jugoslawien entwickelt wurde** und die Staatengemeinschaft verpflichtet, bei massiven Menschenrechtsverletzungen zu reagieren. Diese Schutzverantwortung trifft vor allem die starken Industrienationen dieser Welt. Ich stimme dem Bundespräsidenten daher zu, wenn er sagt: **„... im Kampf für Menschenrechte oder für das Überleben unschuldiger Menschen ist es manchmal erforderlich, auch zu den Waffen zu greifen.“** In diesem Sinne wird auch der Bundestag für die Fortführung der Missionen in Mali und im Libanon entscheiden.